BVG/0018/2023

Parteienantrag BVG

Az:

Datum:

19.09.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

Änderungsantrag zur Sozial- und Rentenberatung

Beschlussvorschlag:

Die Sozialberatung wird bis zur Klärung des Umfangs der Übernahme durch den Kreis weitergeführt und danach entsprechend reduziert.
Die Rentenberatung, ist im ersten Schritt bereits jetzt verzichtbar. Diese Leistung ist ab 2024 einzustellen. Freiwerdende Personalkapazitäten sind an anderer Stelle einzusetzen.

Begründung:

Die Sozialberatung ist sicher unverzichtbar in Groß-Umstadt. Allerdings will der Kreis mit der Übernahme der KFZ Zulassungsstelle in Groß-Umstadt auch sein Angebot der Sozialberatung ausbauen. Zudem ist hier die vom Kreis angekündigte Lotsenfunktion zur Rentenbeantragung, für deren Kosten und Durchführung ebenfalls der Kreis zuständig ist, sicher integriert. Der Kreis hat für die Sozialberatung bereits Räumlichkeiten vorgesehen um dies zu ermöglichen.

Der Magistrat wird hiermit beauftragt mit dem Kreis über die Übernahme möglichst aller Sozialberatungsarten zu verhandeln. Die kommunale Sozialberatung ist dann entsprechend zurück zu fahren und deren Mitarbeiter in anderen Bereichen einzuplanen.

Die Fallzahlen der Rentenberatung sind in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Für die Stadt ist es eine freiwillige Leistung für ihre Bürger. Zuständig ist hier die deutsche Rentenversicherung die einen Sitz in Darmstadt hat. Es ist den angehenden Rentnern zuzumuten diese Beratungsstelle aufzusuchen, wenn es Probleme gibt. Ansonsten sind wir hier auch im Zeitalter der Digitalisierung angekommen. Alle Informationen sind Online nachzulesen und auch die Antragstellung kann online erfolgen. Als erster Schritt kann diese Beratungsart ab 2024 eingestellt werden und als Lotsenfunktion vom Kreis weitergeführt werden.